

Keine Verbesserung der Gesundheitsversorgung für Flüchtlinge in Baden-Württemberg

Freiburg, 23.11.2015

Die Landesregierung von Baden-Württemberg verzögert die Umsetzung der Gesundheitskarte, obwohl sie sich nachweislich als sicher, umsetzbar, humaner und günstiger herausgestellt hat. Medinetz fordert die sofortige Einführung ohne Einschränkungen.

Nach der Zustimmung von Winfried Kretschmann im letzten Jahr zur Verschärfung des Asylgesetzes im Bundesrat, versprach er im Gegenzug einen verbesserten Zugang zur medizinischen Versorgung für Geflüchtete. Er stellte sich dar als beispielhafter Vorkämpfer in der landesweiten Einführung einer elektronischen Gesundheitskarte für Flüchtlinge, die auch von Sozialverbänden und dem deutschen Ärztetag¹ seit langem gefordert wird.

Inzwischen wurden vom Bund die rechtlichen Voraussetzungen geschaffen, um landesweit eine Gesundheitskarte einführen zu können. Doch die grün-rote Landesregierung Baden-Württembergs führt nun technische und formale Schwierigkeiten an, welche eine ordnungsgemäße Abrechnung der Gesundheitsleistungen nicht sicherstellen und zu unermesslichen Kosten für das Land führen würden.

Das Problem sei die neueste Änderung des AsylbLG, in der vorgegeben wird, dass der eingeschränkte Zugang zur medizinischen Versorgung elektronisch vermerkt werden soll. Ignoriert wird dabei allerdings, dass in Bremen schon seit 2005 und in Hamburg seit 2012 die Gesundheitskarte für AsylbewerberInnen erfolgreich in der Praxis genutzt wird. Laut Bremer Sozialbehörde wird sie auch weiterhin ohne den stigmatisierenden Vermerk auf der Karte fortgeführt.

Aber auch das Argument der nicht tragbaren Kosten der Vollversorgung von Flüchtlingen ist scheinheilig: Laut einer Studie² des Universitätsklinikums Heidelberg sind die Pro-Kopf-Ausgaben bei eingeschränktem Zugang zum Gesundheitssystem um circa 40% höher als bei Asylsuchenden mit medizinischer Regelversorgung.

Außerdem werden praktizierende ÄrztInnen durch einen solchen Vermerk auf der Gesundheitskarte in die prekäre Situation gedrängt zwischen Patienten mit AsylbLG-konformen und –nichtkonformen Krankheiten zu unterscheiden. So fordert der Präsident der Bundesärztekammer Montgomery die Regelversorgung für Flüchtlinge, da „... Ärzte die Verpflichtung [haben], alle Menschen gleich zu behandeln“³.

Die Medinetze Baden- Württembergs fordern die Landesregierung auf ihr Versprechen einzuhalten und die elektronische Gesundheitskarte für Flüchtlinge nach dem „Bremer Modell“ jetzt einzuführen, um die medizinisch notwendige Versorgung sicherzustellen

¹ http://www.bundesaerztekammer.de/fileadmin/user_upload/downloads/pdf-Ordner/118_Daet/118DAETBeschlussprotokoll20150515.pdf (S.272)

² <http://journals.plos.org/plosone/article?id=10.1371/journal.pone.0131483> (14.11.15)

³ <http://www.aerzteblatt.de/archiv/172857/Fluechtlinge-Montgomery-fordert-Regelversorgung> (15.11.2015)

und das Menschenrecht auf Gesundheit ohne Diskriminierung in Baden- Württemberg zu garantieren!

MediNetze und Medibueros sind in 33 Orten in ganz Deutschland vertreten. In Baden-Württemberg wurde das Medinetz Freiburg 1998 als erstes gegründet, später entstanden weitere in Ulm, Karlsruhe, Tübingen und der Rhein-Neckar Region (Mannheim-Heidelberg). Seitdem arbeiten die MediNetze daran, zusammen mit kooperationswilligen Ärztinnen und Ärzten, Krankenhäusern, Hebammen und anderen Fachleuten aus dem Gesundheitssystem aktiv Migrant/innen und Flüchtlingen, insbesondere den Papierlosen, zumindest örtlichen Zugang zu medizinischer Versorgung zu verschaffen.

Medinetz Freiburg

Adlerstr. 12
79098 Freiburg
Tel 0761-2088331
info@medinetz.rasthaus-freiburg.org

Medinetz Rhein-Neckar

c/o Asylarbeitskreis
Plöck 101
69117 Heidelberg
0157-75438815
mail@medinetz-rhein-neckar.de

Medinetz Ulm

c/o DRK Übernachtungsheim
Frauenstraße 125
89073 Ulm
0151-54940649
medinetz@uni-ulm.de

Medinetz Karlsruhe

Menschenrechtszentrum Karlsruhe
Durlacher Allee 66
76131 Karlsruhe
Tel: 0721/ 66 48 79 86
mrz.medinetz@web.de